

Heute	Morgen	Übermorgen
32° / 20°	35° / 22°	34° / 21°

Roaming-Gebühr soll 2017 auslaufen

BRÜSSEL ■ Reisende können künftig deutlich günstiger im EU-Ausland telefonieren, im Internet surfen und SMS-Schreiben. Denn die sogenannten Roaming-Gebühren sollen am 15. Juni 2017 in der EU größtenteils auslaufen. Darauf einigten sich Vertreter der EU-Staaten und des Europaparlaments am frühen Dienstagmorgen nach einer zwölfstündigen Sitzung in Brüssel. Die Roaming-Gebühren fallen aber nicht vollständig weg, sondern nur der Aufschlag wird gedeckelt. ■ dpa
→ [Kommentar/Hintergrund](#)

SPORT

Frauen-WM

Die deutschen Fußballfrauen haben in der Nacht (1 Uhr MESZ) das WM-Halbfinale gegen die USA ausgetragen – weit nach Redaktionsschluss dieser Zeitung. Das Ergebnis finden Sie aber heute auf unserer Webseite. ■ eb

INHALT



Reformator

Matej Hádek spielt den böhmischen Reformator Jan Hus in einem eindringlichen Film über den Prediger. → [Menschen und Medien](#)

Währungsunion

Vor 25 Jahren kam die D-Mark in die DDR und überrollte voller Wucht die marode ostdeutsche Wirtschaft. → [Thema des Tages](#)

Chefposten

Jan Wörner wechselt vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt auf den Chefposten der Raumfahrtorganisation Esa. → [Land und Leute](#)

Flugzeugabsturz

Bei einem schweren Flugzeugunglück in Indonesien sind mindestens 116 Menschen ums Leben gekommen. → [Blick in die Welt](#)

EURO 1,119 \$ (+ 0,006)

DAX 10945 (-138)

DOW 17620 (+23)

Soester Anzeiger
*Schloittweg 19-21 · 59494 Soest
Telefon 0 29 21 / 6 88-0
www.soester-anzeiger.de



Besser abtauchen: Hitzewelle rollt auf Deutschland zu

Deutschland muss sich auf eine extreme Hitzewelle einstellen. Heute bleiben die Temperaturen nur im Norden noch unter 30 Grad, im Süden und Südwesten kann das Thermometer bereits auf 35 Grad klettern. „Ab Donnerstag kommt der Sommer dann in ganz Deutschland so richtig in Fahrt“, sagte Meteorologe Marcus Beyer gestern. Lokal sind demnach 39 Grad Celsius möglich. Die Durchschnittstemperaturen liegen voraussichtlich zwischen 32 und 38 Grad. Frühestens am Sonntag werde es um ein paar unmerkliche Grad kühler. Mediziner warnen mit Blick auf das Hitzehoch „Annelie“ vor Belastungen für den menschlichen Organismus. ■ Foto: dpa

Windräder in Hilbeck gestoppt

Kreis setzt Genehmigung aus / OVG sieht Mängel bei Umweltverträglichkeitsprüfung

Von Dominik Maaß

WERL ■ Die Investoren der Heidewind GmbH feierten erst vor wenigen Tagen die offizielle Inbetriebnahme der drei neuen Windräder im Werler Ortsteil Hilbeck. Nun legt der Kreis Soest die rund 200 Meter großen Anlagen still. Er folgt damit einem Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) in Münster, das Mängel im Prüfverfahren zur Umweltverträglichkeit festgestellt hatte.

Der Beschluss des 8. Senats vom 24. Juni, der am Montag den beteiligten Parteien zugestellt wurde, ist ein erster juristischer Erfolg für die Interessengemeinschaft gegen weitere Windenergieanlagen in Hilbeck. „Damit wird dem Naturschutz in unserem Naherholungsgebiet Rechnung

getragen. Wir fühlen uns durch den Beschluss in unserer Auffassung bestätigt, dass sowohl von der Stadt Werl, als auch vom Kreis Soest das Genehmigungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde“, heißt es in einer Stellungnahme der IG.

Die Investoren zeigten sich überrascht: „Wir sind natürlich betroffen und müssen uns erst einmal finden. Wir werden uns dem Beschluss unterordnen müssen und in Absprache mit dem Kreis die fehlenden Unterlagen so schnell wie möglich nachliefern“, sagte Thomas Eckey, einer der Geschäftsführer der Heidewind GmbH. Schließlich kostet jede Stunde Stillstand bares Geld.

Eine von der IG unterstützte Anwohnerin hatte vor dem Verwaltungsgericht in Arn-

berg Klage gegen die Baugenehmigung erhoben. Daraufhin beantragten die Investoren beim Kreis eine sofortige Vollziehung der Baugenehmigung und starteten mit dem Errichten der drei Windräder. Die Anwohnerin versuchte, in einem Eilverfahren einen Baustopp zu erwirken und scheiterte zunächst. Das Verwaltungsgericht erkannte zwar Mängel in der Umweltverträglichkeitsprüfung, räumte dem Kreis aber die Möglichkeit ein, diese nachträglich zu heilen.

Schon das war aus Sicht des OVG ein Fehler: Aufgrund der vorliegenden Mängel hätte das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung der Klage im Hauptverfahren wieder herstellen müssen, heißt es im Beschluss. Doch auch die nachgegebene „all-

gemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ ist laut OVG nicht ausreichend.

Die neuen Windräder werden nach dem Gesetz gemeinsam mit sechs älteren Rädern in direkter Nachbarschaft als Windfarm gewertet. Der Kreis aber hat nach Auffassung des Gerichts bei den alten Anlagen mögliche negative Auswirkungen auf Vögel und Fledermäuse in einem zu kleinen Radius untersucht.

Der Kreis Soest will diese Prüfung nun nachholen, wie ein Sprecher auf Anfrage bestätigte. Bis deren Ergebnis vorliegt, dürfen sich die Räder über Hilbeck nicht mehr drehen. Ist gar eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig, könnte dieser Zustand Monate andauern. → [Lokales](#)



Dramatischer Schulden-Poker

Während zahlreiche Griechen vor ihrem Parlament in Athen demonstrieren, liefern sich Brüssel und Athen einen dramatischen Poker im griechischen Schuldenstreit: Beide Seiten haben Last-Minute-Vorschläge auf den Tisch gelegt, um die gescheiterten Verhandlungen wiederzubeleben. Griechenland brachte ein neues, drittes Hilfsprogramm ins

Spiel, das unter anderem neue Finanzhilfen von rund 29 Milliarden Euro vorsieht. Dieser Vorschlag wurde am Abend in Brüssel zurückgewiesen. Brüssel hatte Athen zuvor gedrängt, die Bedingungen der Geldgeber für das auslaufende zweite Hilfsprogramm doch anzunehmen. Heute wird weiter verhandelt. ■ Foto: afp → [Politik](#)

Keine Fixierung ohne richterliche Prüfung

Karlsruhe stärkt die Rechte Pflegebedürftiger

KARLSRUHE ■ Freiheitsentziehende Maßnahmen in Pflegeheimen wie das Anbringen von Bettgittern oder Gurten im Rollstuhl müssen immer gerichtlich genehmigt werden. Wie aus einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hervorgeht, ist selbst dann eine richterliche Prüfung nötig, wenn die betreffende Person in einer Vorsorgevollmacht ausdrücklich gewünscht hat, auf diese staatliche Prüfung zu verzichten. Der staatliche Schutzauftrag bei Freiheitsentzug sei höher zu werten als der mit einer richterlichen Prüfung verbundene Eingriff in das Selbstbestim-

mungsrecht des Einzelnen, so das Verfassungsgericht.

Geklagt hatten eine pflegebedürftige Frau und deren Sohn. Der Sohn argumentierte, seine Mutter habe ihn in einer Vollmacht damit beauftragt, selbst über freiheitsentziehende Maßnahmen zu entscheiden. Nachdem die Frau mehrfach im Pflegeheim aus Bett und Stuhl gefallen war, willigte der Sohn ein, sie tagsüber mit Gurt im Rollstuhl zu fixieren und am Bett Gitter anzubringen. Gegen seinen Willen wurden diese Maßnahmen jedoch per Gericht überprüft. ■ kna

Aktenzeichen: 2 BvR 1967/12

Jugendherbergen öffnen sich für Flüchtlinge

MEINERZHAGEN ■ Für die Erstunterbringung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen sollen demnächst auch Jugendherbergen genutzt werden. In insgesamt sechs Jugendherbergen stünden vom 1. Oktober bis zum 31. Januar 2016 knapp 900 Plätze für die

Notunterbringung zur Verfügung, teilte die Bezirksregierung Arnsberg gestern mit. In dieser Zeit wird mit den höchsten Flüchtlingszahlen im Laufe des Jahres gerechnet. In Westfalen gebe es Vereinbarungen für die Jugendherbergen Meinerzhagen,

Finnentrop, sowie Cappenberg See/Lünen, im Rheinland für die Herbergen Solingen-Burg, Lindlar und Wuppertal. Zudem gebe es Nutzungsoptionen für sieben weitere Häuser – so in Dorsen, Glörsee, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Kevelaer, Hel-

lenthal und Wipperführ.

Im vergangenen Jahr war es zu Engpässen in den zentralen Unterbringungseinrichtungen gekommen. Deshalb hat das NRW-Innenministerium vorgegeben, 2 000 zusätzliche Unterbringungsplätze bereit zu stellen. ■ eb

LOKALES

Bürgermeister und Tierschützer erfreut

Reaktionen nach Aus für Pinguine im Aquafun

SOEST ■ Wie soll es mit dem Aquafun weitergehen, nachdem der Aufsichtsrat der Stadtwerke am Montagabend den Bau einer Pinguinanlage abgelehnt hat? Eine Antwort auf diese Frage soll es bei der Sitzung selber nach Angaben von Teilnehmern nicht gegeben haben.

Vielmehr habe man vereinbart, dass die Geschäftsführung im Herbst nächsten Jahres ein neues Konzept vorle-

gen solle, wie das Bad nachhaltig und umfassend modernisiert und erweitert werden kann. Zunächst sollen kleinere technische Arbeiten ausgeführt und der Service in dem Bad verbessert werden.

In Stellungnahmen begrüßten gestern sowohl Tierschützer als auch Bürgermeister Eckhard Ruthemeyer die Entscheidung des Aufsichtsrates, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. → [Soest](#)

Vorsicht vor Giftködern

MÖHNESEE ■ Aufregung herrscht derzeit unter den Hundebesitzern am Möhnesee: Nach Informationen des Anzeigers sind im Bereich zwischen Günter und Ense in den vergangenen Tagen mehrere vergiftete Köder ausgelegt worden. Unbestätigten Angaben zufolge sind bereits Hunde zu Schaden gekommen. → [Möhnesee](#)

Psychatrie-Film für Bachelor-Prüfung

SOEST ■ Der 16-jährige Hammer Schüler Niklas Kindt spielt die Hauptrolle in dem Film „Die Akte Finn“ über einen Jugendlichen in der Psychiatrie. Der Soester Michael Stelzer will mit diesem Streifen seinen Bachelor im Fach „Film“ an der Dortmunder Fachhochschule ablegen. Niklas ist für ihn der perfekte Darsteller. → [yourzz](#)

Schwarzfahren teurer

Ab heute 60 Euro fällig / Die wichtigsten Fakten

Was genau ändert sich?

Wer ohne Ticket erwischt wird oder seinen Fahrschein nicht ordnungsgemäß entwertet hat, muss 60 statt bisher 40 Euro zahlen. Aus Sicht des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) schrecken 40 Euro nicht mehr ausreichend ab.

Gibt es Ausnahmen?

Eigentlich nicht. Viele Verkehrsbetriebe schaffen die Umstellung aber nicht rechtzeitig. In Hamburg, München, im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und auch in den Regional- und Fernzügen der Deutschen Bahn gilt die Änderungen erst ab August.

Ist Schwarzfahren denn so ein großes Problem?

Rund 250 Millionen Euro gehen den Verkehrsunternehmen jedes Jahr durch nicht gekaufte Tickets verloren, so der VDV. Und weitere 1 100 Millionen müssen sie zahlen, um Kontrolleure zu bezahlen. Die Kriminalstatistik listet 271 119 Fälle von „Beförderungerschleichung“ im Jahr 2014 auf – ein Anstieg um 15,2 Prozent (2013).

Was ist mit „Graufahren“, die versehrlichen keinen Fahrschein haben?

Verbraucherschützer mahnen, dass viele Schwarzfahren ohne böse Absicht passieren. Der VDV gibt aber zu bedenken, dass es für Kontrolleure schwierig ist, dies zu erkennen, weil sie schon viele Ausreden gehört haben. ■ dpa

Kriminell gemein

Mühsam hatte ein Einbrecher am vergangenen Wochenende den Tresor einer Firma in Finnentrop im Sauerland geöffnet. Seine einzige Beute: ein handgeschriebener Zettel mit der Aufschrift „Du Idiot! Die Arbeit hat sich nicht gelohnt!“ Den vom Firmenbesitzer schon vor drei Jahren in den leeren Panzerschrank gelegten Zettel ließ der Einbrecher liegen, wie die Polizei in Olpe gestern berichtete. ■ Inw



Nahles lockert Pflichten

Sechs Monate nach Inkrafttreten des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro lockert Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die Dokumentationspflichten und kommt den Arbeitgebern entgegen. Die Arbeitszeit muss nicht mehr aufgezeichnet werden, wenn das monatliche Arbeitsentgelt mindestens 2000 Euro brutto beträgt und in den

vergangenen zwölf Monaten regelmäßig gezahlt wurde, wie Nahles gestern sagte. Unionspolitiker hatten die Dokumentationspflicht als zu bürokratisch kritisiert und ein Absenken auf 1900 Euro gefordert. Zudem entfallen die Aufzeichnungspflichten bei der Beschäftigung von Ehepartnern, Kindern und Eltern des Arbeitgebers. ■ Foto: dpa